

Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hrsg.)



Initiativen für ein Recht auf Stadt

Theorie und Praxis städtischer
Aneignungen

Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hrsg.)
Initiativen für ein Recht auf Stadt

Simone Buckel arbeitet an einem Dissertationsprojekt zum Thema »Urban Governance und irreguläre Migration« am Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung Berlin.

Jan Dohnke ist Doktorand am Geographischen Institut der Freien Universität Berlin.

Benjamin Etzold ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geographischen Institut der Universität Bonn und beschäftigte sich im Rahmen seiner Dissertation mit der Lebenssicherung von Straßenhändlern in Dhaka, Bangladesh.

Jonas Füllner ist im Hamburger Netzwerk »Recht auf Stadt« aktiv.

Dirk Gebhardt ist Referent für Soziales bei Eurocities, dem Netzwerk europäischer Großstädte in Brüssel.

Andrej Holm forscht und lehrt am Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie des Instituts für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und ist in verschiedenen stadtpolitischen Initiativen aktiv.

Jenny Künkel ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Human-geographie der Goethe Universität Frankfurt a.M. im DFG-Projekt »Neuordnung des Städtischen im Neoliberalen Zeitalter«.

Jon Liss ist Aktivist und organisiert seit über 30 Jahren soziale Basisbewegungen in Virginia (USA). Er war u.a. Gründungsmitglied von »Tenants and Workers United« und arbeitet im Beirat der »Right to the City Alliance« mit.

Margit Mayer ist Professorin für Politikwissenschaft am OSI und JFK-Institut der Freien Universität Berlin und forscht zu neoliberaler Stadtpolitik und städtischen sozialen Bewegungen.

Adrian Mengay ist Diplom-Kaufmann und Magister Artium in Philosophie, Politikwissenschaft und Psychologie.

Maike Pricelius ist als Kuratorin und Journalistin tätig und zurzeit Doktorandin der Kunstgeschichte an der Humboldt Universität in Berlin. Gemeinsam mit Adrian Mengay hat sie den Dokumentarfilm »City of Favelas« über Wohnungslosenbewegungen und das Recht auf Stadt in Brasilien veröffentlicht.

Christian Schmid ist Geograph und Stadtforscher, Professor für Soziologie am Departement Architektur der ETH Zürich und Mitglied des International Network for Urban Research and Action (INURA).

David Staples ist Soziologe und Aktivist aus den USA. Er war Entwicklungsdirektor der »Tenants and Workers United« und war aktiv an der landesweiten Vernetzung der »Right to the City Alliance« beteiligt.

Pelin Tan ist Soziologin und Kunsthistorikerin aus Istanbul. Sie arbeitet zurzeit als Postdoc Research Fellow an der School of Architecture and Planning am Massachusetts Institute of Technology.

David Templin ist im Hamburger Netzwerk »Recht auf Stadt« aktiv.

Andrej Holm / Dirk Gebhardt (Hrsg.)

Initiativen für ein Recht auf Stadt

Theorie und Praxis städtischer Aneignungen

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2011, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Druckpartner GmbH & Co. KG, Hemsbach

ISBN 978-3-89965-395-3

Inhalt

Dirk Gebhardt/Andrej Holm Initiativen für ein Recht auf Stadt	7
Christian Schmid Henri Lefebvre und das Recht auf die Stadt	25
Margit Mayer Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive	53
Jonas Füllner/David Templin Stadtplanung von unten	79
Die »Recht auf Stadt«-Bewegung in Hamburg	
Jon Liss/David Staples Die Neuen im historischen Block	105
Worker Centers und kommunaler Sozialismus	
Jenny Künkel Soziale Kämpfe von SexarbeiterInnen gegen städtische Neoliberalisierung	141
Das Beispiel Madrid	
Simone Buckel Ein Recht auf Stadt für irreguläre MigrantInnen	165
Städtische Politik als Handlungsraum im Konfliktfeld irreguläre Migration	
Benjamin Etzold Die umkämpfte Stadt	187
Die alltägliche Aneignung öffentlicher Räume durch Straßenhändler in Dhaka (Bangladesch)	
Jan Dohnke »Dem Europäer erschien es wie geschenkt«	221
Tourismus und Recht auf Stadt in San Telmo (Buenos Aires)	

Adrian Mengay/Maïke Pricelius

Das umkämpfte Recht auf Stadt in Brasilien 245

Die institutionalisierte Form der »Stadt Statute«

und die Praxis der urbanen Wohnungslosenbewegung des MTST

Pelin Tan

Istanbul: Widerstand im Stadtteil und gegenkulturelle Räume 271

Adrian Mengay/Maike Pricelius

Das umkämpfte Recht auf Stadt in Brasilien

Die institutionalisierte Form der »Stadt Statute« und die Praxis der urbanen Wohnungslosenbewegung des MTST

1. Einleitung

Das Recht auf Stadt, welches Henri Lefebvre in seinen programmatischen Schriften »Le droit à la ville« (1968) und »Die Revolution der Städte« (1972) formulierte und weiterentwickelte, ist heutzutage zum Schlachtruf von vielen urbanen Akteuren weltweit geworden. So wie der Prozess der Urbanisierung ein globaler ist, so sind die Kämpfe um die Stadt und um ein Recht auf die Stadt global. Ein Großteil der Rezeptionen und Forschungen dazu konzentriert sich bisher allerdings auf die Verbreitung und Anwendung in den westeuropäischen und nordamerikanischen urbanen Zentren. Dabei sind es besonders Schwellen- und Entwicklungsländer, in denen momentan die rasanteste Urbanisierung und die größten Konflikte um die Teilhabe am städtischen Raum herrschen. In vielen Metropolen der westlichen Industriestaaten wird das Recht auf Stadt als allgemeine Forderung geführt. In Brasilien sind dagegen mit diesen Forderungen juristische Instanzen und Institutionen entwickelt worden, die die Umsetzung verwirklichen sollen. Brasilien hat als eines der ersten Länder ein nationales Gesetz für ein Recht auf Stadt durch den Estatuto da Cidade, die »Stadt Statute«, verabschiedet und gilt als Vorreiter für den internationalen Prozess zur Etablierung eines Rechts auf Stadt, was sich zuletzt am World Urban Forum in Rio de Janeiro 2010 mit seinem Thema »The right to the city – bridging the urban divide« gezeigt hat.

Um die institutionalisierten Formen der Partizipation und Teilhabe der Bevölkerung an brasilianischen Städten zu verdeutlichen, soll hier zuerst die aktuelle Institutionalisierung des Rechts auf Stadt im Rahmen der Verfassung und der sie konkretisierenden Stadt Statute vorgestellt werden. Dazu werden die zentralen Grundsätze und Instrumente für die Realisierung eines Rechts auf Stadt und der damit verbundenen sozialen Nutzung der Stadt beschrieben. Vor diesem Hintergrund gewinnen die real existierenden Wohnbedingungen und Formen der Stadtentwicklung am Beispiel São Paulo eine neue Dimension, die die extremen Widersprüche zwischen dem Anspruch auf ein Recht auf Stadt und der urbanen Realität zeigt.

Neben diesen formalen politischen Prozessen organisieren sich in Brasilien vielfältige urbane soziale Bewegungen, die mit ihren Praxen und Massenbesetzungen für eine urbane Reform und für ein von ihnen interpretiertes Recht auf Stadt kämpfen. Sie reagieren damit auf die real existierenden Verhältnisse in einer Weise, wie es der Bezug auf die institutionalisierte Form des Rechts auf Stadt nicht ermöglicht. Mit dem Movimento dos Trabalhadores Sem Teto (MTST), einer der größten und aktivsten urbanen sozialen Bewegungen Brasiliens, die für Massenbesetzungen und Selbstorganisation von urbanen Marginalisierten in Städten und Metropolenregionen bekannt ist, soll die Auseinandersetzung um und für ein Recht auf Stadt auf der Ebene der sozialen urbanen Bewegungen vorgestellt werden. Aspekte der Aneignungen und der demokratischen Selbstverwaltung in dieser Bewegung, in ihren Aktionen und Besetzungen sollen hierfür zur Diskussion herangezogen werden.

Die beiden Seiten einer Umsetzung eines Rechts auf Stadt, von institutionalisierten Formen des Rechts und Praxen der Aneignung in den Bewegungen, sollen in diesem Beitrag gegenübergestellt werden. An Lefebvres Konzeption eines Rechts auf Stadt interessieren uns in diesem Sinne besonders zwei zentrale Dimensionen, die man als eigene Rechte daraus ableiten kann. Zum einen ist dies das Recht auf Beteiligung an der Gestaltung, Verwaltung und Nutzung von Stadt und Raum und zum anderen das Recht auf Aneignung, worunter der Zugang, die Besetzung, Umgestaltung und Verwendung von urbanem Raum fallen, welche eine physische Präsenz der Menschen in der Stadt ermöglicht. Diese von Lefebvre übernommenen Dimensionen begleiten und strukturieren unsere Untersuchung des Rechts auf Stadt in Brasilien.

2. Brasilien und das institutionalisierte Recht auf Stadt

Brasilien ist heute zu über 80% urbanisiert, an die 163,5 Millionen Menschen (UN Habitat 2010) leben in den Städten. Dies ist das Resultat einer rasanten Urbanisierung, die sich ab den 1960er Jahren extrem beschleunigte. Dieser Prozess, welcher sich besonders in den Metropolenregionen Rio de Janeiro und São Paulos niederschlug, stellte die Städte vor neue Herausforderungen, besonders in der Versorgung der Stadtbevölkerung mit adäquatem Wohnraum und Infrastruktur. Weil der massive Zuzug kaum von den bestehenden Wohnraumkapazitäten aufgefangen werden konnte, kam es zu vielen Formen der informellen Ansiedlung, von denen die Favelas die größte Bekanntheit erlangten. Diese Ansiedlungen waren meist schlecht oder gar

nicht an die Infrastruktur der Stadt angebunden und wurden selten als integraler Bestandteil derselben angesehen. Die Favelas und Besetzungen wurden zum sichtbarsten Ort der Auseinandersetzung für ein Recht auf Stadt in Brasilien.¹

Im Zuge vieler Kämpfe um die Anerkennung der Favelas, für infrastrukturelle Anbindung und Versorgung und für einen Zugang zur Stadt für deren Bewohner entstand eine brasilianische urbane Reformbewegung. Unter dem Dach der Nationalen Urbanen Reformbewegung (FNUR Fórum Nacional da Reforma Urbana) versammelten sich viele der Akteure, die seit Jahren für die Themen Wohnen, urbane Reform und Bürgerrechte kämpften. Soziale Bewegungen vom Land und aus den Favelas der Städte, Gewerkschaften und verschiedene Nicht-Regierungsinstitutionen kamen hier zusammen, um die Partizipation der brasilianischen Bevölkerung an der verfassungsgebenden Versammlung nach der Militärdiktatur 1988 zu gewährleisten und ein Recht auf Stadt in der Verfassung zu etablieren.² Die Eingaben der FNUR wurden zwar nicht in ihrem ganzen Umfang angenommen, aber die soziale Funktion der Stadt mit der Zusicherung des Wohlergehens ihrer Einwohner sowie die Möglichkeiten der Legalisierung von informellem Wohnen wurden in den Artikeln 182 und 183 festgeschrieben (siehe Kasten auf der folgenden Seite). Damit wurden urbanes Eigentum und die Stadt erstmalig auch einer sozialen Funktion unterstellt. Diese soziale Nutzung wird erst im Rahmen eines Masterplans bestimmt. Konkret angewendet wurde dieser Passus bisher vor allem auf für die Entwicklung leer stehender und unbebauter Grundstücke, die unter anderem aus Spekulationsgründen zurück gehalten werden, um diese einer sozialen Nutzung, wie Wohnraum, zuzuführen.³ Dies soll die Möglichkeit für eine Neuregulierung der Besitzverteilung und für

¹ Vgl. Perlman 2010, Lanz 2004, Happe 2002, Zaluar/ Marcos 1998.

² Zur Geschichte der FNUR vgl. Saule Junior/Uzzo 2009. Dieser Bewegung geht eine lange Geschichte der Kämpfe um die Favelas voran. Schon ab 1945 gründeten sich erste Bewohnerkommissionen (in Rio de Janeiro), die sich gegen drohende Räumungen organisierten. Wie Machado da Silva (2002: 228) betont, basierte die zentrale Referenz »nicht auf Armut oder der Stellung im Produktionsprozess, sondern auf den fremden Gesetzen unterworfenen Wohnverhältnissen bezogen auf juristisch-institutionelle (Illegalität) und moralische Kriterien« (deutsche Übersetzung Lanz 2004: 37). Der Kampf um die Organisation der Favelas wurde aber auch von politischen Parteien, von Linken wie Rechten, sowie von der Kirche geführt.

³ Auf diesen Punkt wird im Folgenden ausführlich in Bezug auf die Entwicklung des Masterplans und der ZEIS (Zonen von speziellem sozialen Interesse) eingegangen. Am Ende des Beitrags werden ebenfalls einige zentrale Kritikpunkte, die vor allem von urbanen Bewegungen formuliert werden, erläutert.

Aus der Verfassung des Bundesstaates Brasilien 2009

<http://www2.camara.gov.br/english/brazilian-constitution-2>; Übers. d. AutorInnen

Artikel 182

Die urbane Entwicklung, wie sie von der Stadtverwaltung nach generellen Leitsätzen diesem Gesetz entsprechend ausgeführt wird, zielt darauf, die volle Entwicklung der sozialen Funktion der Stadt und das Wohlergehen ihrer Einwohner zu garantieren.

§ 1

Der vom Stadtrat bestätigte Masterplan, welcher für alle Städte mit mehr als 20.000 Einwohner obligatorisch ist, ist das grundsätzliche Instrument für die urbane Entwicklung und Expansionspolitik der Stadt.

§ 2

Urbanes Eigentum übt seine soziale Funktion aus, wenn es die elementaren Erfordernisse für die Bestimmungen der Stadt, wie sie im Masterplan festgeschrieben sind, erfüllt.

§ 3

Enteignung von urbanem Eigentum soll gegen eine vorherige und faire finanzielle Entschädigung stattfinden.

§ 4

Der Stadtrat kann, durch ein spezielles Gesetz, für eine Gegend, welche Teil des Masterplans ist, nach nationalem Gesetz bestimmen, dass der Eigentümer eines unbebauten, wenig oder gar nicht genutzten Grundstückes, dieses für adäquate Nutzung bereitstellen muss. Das bedeutet, dass das Grundstück den nachfolgenden Punkten unterworfen wird:

- Zwangsweise Parzellierung oder Bebauung
- Steigende Steuerraten für Grund und Stadteigentum (IPTU Progressivo no Tempo)
- Enteignung mit finanziellem Ausgleich in öffentlichen Anleihen, welche mit der Zustimmung des Senats auf Bundesebene ausgegeben werden, einlösbar in bis zu zehn Jahren in gleichen und sukzessive jährlichen Abschlagszahlungen, welche den realen Wert der Kompensation absichern.

eine nachhaltigen Urbanisierung bieten. Mit dem 2001 verabschiedeten »Estatuto da Cidade«, Bundesgesetz Nr. 10/257/01,⁴ der Stadt Statute, wurden die Bestimmungen der Artikel 182 und 183 konkretisiert und erstmalig ein Recht auf Stadt in einem nationalen Gesetz festgelegt.

⁴ Die Stadt Statute ist in der Publikation des Institut Polís (Instituto Polís 2002) vollständig abgedruckt und ins Englische übersetzt. http://www.polis.org.br/obras/arquivo_163.pdf (20.2.2011)

Artikel 183

Ein Individuum, welches über ein städtisches Grundstück bis zu 250 m² für fünf Jahre, ohne Unterbrechung oder Einspruch, verfügt, und dieses für sich oder seine Familie als Heim benutzt, soll dieses in Besitz nehmen, wenn er keine weiteren städtischen oder ländlichen Grundstücke besitzt.

§ 1

Die Grundstücksurkunde und die Konzession der Nutzung soll dem Mann oder der Frau, oder beiden, egal welchen Familienstand sie haben, zugesprochen werden.

§ 2

Dieses Recht soll für den Inhaber nur einmal gelten.

§ 3

Öffentliche Grundstücke sind von dieser Verordnung ausgenommen.

Eine Stadt für Alle per Gesetz? Die Stadt Statute, der Masterplan, ZEIS

Ziel der Stadt Statute ist es, die vollständige Entwicklung der sozialen Funktionen der Stadt zu gewährleisten und den Gebrauch von urbanem Eigentum zu Gunsten des gemeinschaftlichen Gutes, der Sicherheit und des Wohlergehens der Bewohner sowie dem ökologischen Gleichgewicht zu regulieren. In der Stadt Statute werden generelle Richtlinien formuliert und Instrumente für ihre Umsetzung genannt. Die Stadt Statute definiert das Recht auf Stadt in Artikel 2 Abs. 1 als ein Recht auf eine nachhaltige Stadt. Sie spricht von einem Recht auf urbanen Raum, auf Wohnung, auf sanitäre Einrichtungen, auf urbane Infrastruktur, auf Transport und öffentliche Dienstleistungen und auf Arbeit und Freizeit (Muße) für die gegenwärtigen und zukünftigen Generationen. Die Stadt Statute regelt weiterhin die Planung der Stadtentwicklung, der räumlichen Verteilung der Bevölkerung und der ökonomischen Aktivitäten der Gemeinde und des Gebiets unter ihrer Einflussnahme mit der Zielsetzung, Verzerrungen des urbanen Wachstums und seine negativen Effekte auf die Umwelt zu vermeiden und zu korrigieren. Im sechsten Absatz wird auf die Verwendung von Grund und Boden eingegangen. Die Nutzung von Grund und Boden wird reglementiert, um unter anderem die unangemessene Verwendung und die spekulative Rückbehaltung von urbanen Immobilien, welche aus einer Art von Unternutzung oder Nicht-Verwendung resultiert, zu vermeiden. Die Stadt Statute geht auch auf die Regulierung der Grundbesitzverteilung und die Urbanisierung von besetzten Gebieten ein und führt Programme für den Wohnungsbau und für die Verbesserung der Wohnbedingungen und der sanitären Grundversorgung an.

Auf die Ausführung dieser Ziele wird in unterschiedlichen Artikeln eingegangen: Gemäß Art. 2, Abs. 2 ist die demokratische Verwaltung durch Mittel der Partizipation der Bevölkerung und von repräsentativen Vereinigungen aus verschiedenen Segmenten der Gemeinschaft an der Formulierung, Ausübung und Begleitung von Plänen, Programmen und Projekten der urbanen Entwicklung vorgesehen. Sie sieht auch die Kooperation zwischen staatlichen Stellen (Regierungen), privaten Initiativen und anderen Sektoren der Gesellschaft im Prozess der Urbanisierung im Dienste des sozialen Interesses vor.

In den Artikeln 43-45 der Stadt Statute wird die demokratische Verwaltung der Stadt artikuliert. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Instrumente genannt, welche die Zivilgesellschaft in die Exekutive, Judikative und Legislative einbeziehen sollen: Versammlungen auf lokaler und nationaler Ebene, Debatten, öffentliche Anhörungen und Erhebungen, Konferenzen über Themen mit urbaner Relevanz auf lokaler und nationaler Ebene, Volksbegehren zu Gesetzesentwürfen, Plänen, Programmen und urbanen Entwicklungsprojekten.

Gemäß Art. 4 Abs. 4 § 3 der Stadt Statute ist bei der Verwendung von (Geld-)Mitteln aus der öffentlichen Hand der Gemeinde für die vorgesehenen Instrumente aus Art. 4 die partizipative Kontrolle der Geldverwendung vorgesehen, was durch die Beteiligung der Gemeinde, von Bewegungen und Institutionen der Zivilgesellschaft garantiert werden soll. Der zum ersten Mal in Porto Alegre diskutierte partizipative Bürgerhaushalt wurde ebenfalls an dieser Stelle in die Stadt Statute aufgenommen.

Neben den lokalen Räten und Foren, den so genannten Räumen der Partizipation, kommen deren Vertreter in dem landesweiten Rat der Städte (Consejo Nacional de las Ciudades) zusammen. Ebenfalls auf nationaler Ebene wurde 2003 von der brasilianischen Regierung ein Ministerium für Stadt etabliert, welches eine neue urbane Entwicklung in Bezug auf Wohnraum, Infrastruktur und Sanitäreinrichtungen implementieren soll.⁵

In Artikel 4 werden die Instrumente im Allgemeinen aufgelistet, um die soziale Nutzung von Eigentum und die Beteiligung von möglichst allen an den Prozessen der Urbanisierung zu gewährleisten. Diese sehen verschiedene Pläne (nationale, bundesstaatliche und regionale) der Raumordnung und ökonomischen und sozialen Entwicklung vor. Auf der lokalen Ebene

⁵ Zudem wurde eine Datenbank entwickelt, in der alle Informationen über die existierenden Favelas zusammengetragen wurden, um sozialen Wohnungsbau, Infrastruktur und Gesundheitsposten aufzubauen (HABISP, www.habisp.inf.br). Ökonomische Aufbauhilfe leistet das Kleinkreditprogramm Crédito Solidario.

sind dies der Masterplan (Plano Diretor), die speziellen Zonen von sozialem Interesse (ZEIS – Zonas Especiais de Interesse Social) und die demokratische Verwaltung der Stadt mit dem sie beinhaltenden partizipativen Bürgerhaushalt. Auf die progressive Grundsteuern auf Immobilien und Land (IPTU) wird an anderer Stelle näher eingegangen.

Der Masterplan wird in den Artikeln 39-42 näher bestimmt: Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern, Gebiete von touristischem Interesse und Gebiete in Metropolenregionen und urbane Agglomerationen müssen einen Masterplan auf der Grundlage der in der Stadt Statute festgelegten Reglementarien erstellen. Der Masterplan gibt die Nutzung, Planung und Entwicklung der Stadtgebiete vor, reguliert und konkretisiert als Gesetz somit auch die soziale Entwicklung der Stadt. Durch ihn muss die soziale Nutzung der Stadt und damit auch von urbanem Eigentum festgelegt, in ihm soll die Zukunft der Stadt geregelt werden, wie sie von allen ihren Bewohnern entschieden wurde. Das Recht auf Stadt, das Recht auf menschenwürdiges Wohnen und das Recht auf Land werden in diesem Gesetz konkret, die Entwicklung und die Umsetzung derselben sind integraler Bestandteil des Masterplans. Er gibt genau an, was die Bestimmung und der Zweck der einzelnen Gebiete der Stadt sind, ohne zu vernachlässigen, dass diese Teile eines Ganzen sind. Gemäß der Stadt Statute kann der Masterplan, falls Eigentum nicht die vorgesehene soziale Nutzung erfüllt, Zwangsmittel gegen den Eigentümer zur Realisierung der sozialen Funktion bereitstellen. Auch wenn die Stadt sich für die Enteignung von Eigentum, welches seiner sozialen Funktion nicht entspricht, entscheidet, wenn also Artikel 182, Paragraph 4 der Verfassung zum tragen kommen soll, muss ein Masterplan erstellt werden. Die Legitimation erhält die Gestaltung des Masterplans erst durch eine möglichst breite Partizipation und durch die Kontrolle öffentlicher Instanzen und Vereinigungen. Öffentliche Anhörungen und Debatten mit den Bewohnern und Vereinigungen, die aus allen Segmenten der Gesellschaft stammen sollen, sind Teil dieses Prozesses. Im Recht verankert ist ebenfalls, dass alle Dokumente und Informationen öffentlich zugänglich sind und in der Öffentlichkeit verbreitet werden.

Die »Zonen von sozialem Interesse«, ZEIS, werden in der Stadt Statute zwar als Instrumente genannt, die nähere Definition wird durch den Masterplan entwickelt. Viele urbane Bewegungen sehen in dem Instrument der ZEIS (Zonas Especiais de Interesse Social) einen weiteren wesentlichen Beitrag zu mehr urbaner Gerechtigkeit. Hinter diesem Namen verbergen sich spezielle Gebiete, die gemäß dem Masterplan, also per Gesetz, für sozialen Wohnraum (»moradia popular«) und allein für Geringverdienende vorgesehen sind. Gemäß Artikel 171 des Masterplans von São Paulo (Lei No 13.430

von 2002 und Projeto de Lei no 290/02) sind damit Teile von Gebieten gemeint, die vordringlich für die urbane Wiederbelebung, die Regulierung der Grundbesitzverteilung und die Produktion von Wohnraum mit sozialem Interesse (HIS) oder für den sozialen Wohnungsmarkt (HMP) vorgesehen sind. Diese ZEIS dienen dazu, leer stehende Gebiete oder Gebäude per Gesetz für sozialen Wohnraum zu sichern und sie vordringlich für diese Nutzung zu reservieren. Dies ist besonders interessant in Gebieten, die schon über eine gut ausgebaute und funktionierende Infrastruktur verfügen, wie beispielsweise der Großteil des verfallenen und leer stehenden Zentrums São Paulos. Dort kann ein ungenügend genutztes Grundstück im Zentrum der Stadt eine ZEIS werden, was bedeutet, dass die Verwertbarkeit, die Nutzung und damit auch die Immobilienspekulation eingeschränkt wird, weil nur noch eine Verwendung für sozialen Wohnraum oder den entsprechenden Wohnungsbau möglich ist. Für informell besiedelte Gebiete und besetzte Gebäude und Flächen bedeutet die Zuordnung einer ZEIS eine Vereinfachung der Legalisierung und Regulierung der besetzten Flächen. Wenn ein besetztes Gebiet eine ZEIS wird, können dessen Bewohner schneller und unkomplizierter ihre Wohnflächen regulieren lassen. Zusätzlich dient der Status einer ZEIS auch dazu, für Verbesserungen des entsprechenden Gebiets zu kämpfen. Der Masterplan von São Paulo klassifiziert Gebiete im Zentrum als ZEIS, was für die dort ansässigen Bewohner, gerade wenn sie zur Gruppe der Geringverdiener oder der Besetzer gehören, den Vorteil hat, als Teile der ansässigen Bevölkerung anerkannt zu werden, für welche auch entsprechender Wohnraum zur Verfügung gestellt werden muss.

Außerdem können sie in einer ZEIS nicht so einfach von ihren Besetzungen vertrieben werden, da der bestehende Freiraum dort nur mit sozialem Wohnraum bebaut und genutzt werden darf. Damit bleiben sie in diesem Gebiet von Vertreibungen verschont. Weil im Masterplan diese Gebiete als ZEIS mit Bewohnern, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, markiert ist, sichert er dieser Gruppe auch ihren Zugang zur Stadt zu. Die Anwendung von ZEIS ist auch auf traditionelle Gemeinden und kulturell besondere Lebens- und Wohnformen möglich, worunter Gebiete, wie Indianerreservate, Fischergemeinden und die Quilombos⁶ fallen. Diese Gebiete können ebenfalls als ZEIS ausgewiesen werden, um die bestehende Kultur anzuerkennen und ihre Lebensform zu sichern. 2009 hat die Regierung Lula auf dieser Grundlage ein weiteres nationales Reformprogramm, »Minha Casa, Minha Vida«, auf den Weg gebracht, welches informelle Sied-

⁶ Niederlassung von aus der Sklaverei entflohenen Schwarzen. Diese konnten bis zu 30.000 Einwohner (17. Jahrhundert) zählen und existieren noch heute.

lungen in großem Umfang legalisieren soll, indem diese als soziale Nutzungen deklariert werden.

Obwohl die bestehende Rechtslage Brasilien zu einem der fortschrittlichsten Länder in Bezug auf ein Recht auf Stadt macht, auch was Partizipation und die demokratische Verwaltung der Stadt angeht sowie im Hinblick auf die Verteilung der urbanen Ressourcen, sieht die Realität jedoch anders aus. Auch wenn der aktuelle UN Habitat Bericht 2010 feststellt, dass sich die Zahl der Favelabewohner Brasiliens von 36,7% (1990) bis 2007 auf 28% Prozent reduziert hat, leben trotzdem immer noch über 45 Millionen Menschen in Favelas und prekären Wohnverhältnissen (UN Habitat 2010). Daher steht die Realisierung eines in der Stadt Statute formulierten Rechts auf Stadt noch aus, wie die Geschichte und die Realität der Stadt São Paulo an dieser Stelle verdeutlichen soll. Die Situation in den Städten bildet die Folie für die Entstehung einer institutionalisierten Form des Rechts auf Stadt, und ohne diese lassen sich ihre Bedeutung, aber auch die Kritik daran nicht in ihrer Breite verstehen.

Die geteilte Stadt: Die Entwicklung São Paulos

Die Öffnung des politischen Systems nach der Militärdiktatur (1964-1985) führte zu einer Mobilisierung marginalisierter Gruppen für ihre Belange, unter anderem der Integration der armen Wohnviertel in die formelle Stadt. Damit einher ging aber auch der Übergang von einem repressiven System während der Militärdiktatur, zu einem deregulierten System der Stadtplanung. Die Stadtentwicklung orientierte sich ausschließlich an den Gesetzmäßigkeiten des freien Marktes, Wohneinheiten entstanden dort, wo es profitabel war (Hehl 2008: 76).

Der proklamierte Fortschritt, die Stadt als kollektives Eigentum anzusehen (Rolnik 2008: 15), wie es sich in der Stadt Statute und in den zahlreichen Programmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der brasilianischen Bevölkerung ausdrückt, steht in einem Widerspruch zu der aktuellen Lage. Ein Blick in die irregulären Behausungen in Baulücken (*Loteamentos irregulares*) und die informellen Siedlungen (*Favelas*) sowie in die innerstädtischen heruntergekommenen Mietshäuser (*Cortiços*) von São Paulo offenbart eine Geschichte der Kämpfe und der Versuche, eine andere Stadtentwicklung zu etablieren.⁷ Doch die Hoffnungen, nach der Militärdi-

⁷ In São Paulo leben 600.000 Menschen in corticos, 1,2 Millionen Menschen leben in den mehr als 2.000 Favelas und eine wohl ähnliche Anzahl in den Loteamentos der Stadt. (Forum Centro Vivo 2008: 9). Da es für die meisten Armen Brasiliens kaum Zugang zum legalen Wohnungsmarkt gibt, bleibt ihnen meist nur die

katur das Land und die Stadt neu zu organisieren, haben sich nicht erfüllt. Das Resultat in São Paulo ist eine Stadt mit vielen Zentren, eine zersplitterte Peripherie, wo die privaten Enklaven der Reichen abgeschottet neben den Favelas existieren (Caldeira 2000). Das historische Zentrum selbst ist von Leerstand gezeichnet. Die Verschiebung von Investitionen an die Peripherie, die veraltete Infrastruktur und der zum Teil gefühlte Mangel an Sicherheit führten zum Wegzug von Teilen der Mittelklasse und zum Verfall der Gebäude. In den letzten beiden Jahrzehnten sind 20,4% der Bevölkerung des historischen Zentrums abgewandert, was zu einem Überangebot auf dem freien Immobilienmarktes führt. Der Masterplan, der 2002 für die Innenstadt konzipiert wurde, definiert das historische Zentrum als Misch- oder Kerngebiete mit hoher Dichte (Brito Cruz 2008: 28), 40.000 Wohneinheiten stehen aber leer (Forum Centro Vivo 2008: 9).

Auf der anderen Seite gibt es kaum Angebote an Wohnungen für einkommensschwache Familien, die 87% des Wohnungsdefizits der Stadt ausmachen (Rolnik 2008: 15). In dem niedrigsten Wohnsegment fehlen in der Metropolregion von São Paulo 210.121 Wohneinheiten (Ministerio da Cidades 2009: 31). 8.706 Erwachsene und über 1.000 Kinder und Jugendliche leben allein im Zentrum auf der Straße (Forum Centro Vivo 2008: 9). Wenn man dies mit dem Leerstand an Wohneinheiten in der Metropolregion vergleicht, welcher im urbanen Gebiet mit 591.437 Einheiten angegeben ist (Ministerio da Cidades 2009: 37), wird deutlich, dass prinzipiell genügend potenzieller Wohnraum verfügbar wäre, dieser aber einerseits aus Spekulationsgründen zurückgehalten wird, während andererseits Investitionen fehlen.

Das Beispiel von São Paulo verdeutlicht, dass eine deregulierte Stadtentwicklung und eine nur am Markt orientierte Wohnraumverteilung eine fragmentierte, segregierte Stadt und ungerechte Verteilung von Wohnraum produziert hat. Die sozialen Bewegungen haben zwar durch die Institutionalisierung des Rechts auf Stadt neue Instrumente in die Hand bekommen, mit denen sie für die Umsetzung auch auf juristischer Ebene streiten können, eine weiterführende urbane Reform steht jedoch noch aus. Der institutionelle Rahmen und die Realisierung des Rechts auf Stadt in Foren und Gesetzen ist, wie es scheint, nicht ausreichend. Deshalb werden im Folgenden die sozialen Kämpfe um das Recht auf Stadt und die Forderungen auf seine Umsetzung durch die Wohnungslosenbewegung MTST (Movimento dos Trabalhadores Sem Teto) untersucht. In konkreten Kämpfen um die Gestaltung und Produktion von Raum und damit der Stadt sowie in der Ausge-

Möglichkeit, Land oder leer stehende Gebäude zu besetzen, um so zu Wohnraum zu kommen.

staltung von sozialen Bewegungen⁸ materialisieren sich die utopischen und demokratischen Aspekte des Rechts auf Stadt auf eine andere Art als bisher beschrieben.

3. Eine Einführung in die Wohnungslosenbewegung MTST

Seit mehr als zehn Jahren organisieren sich in Brasilien obdachlose ArbeiterInnen, Arbeitslose, Favela- und CortiçobewohnerInnen in einer gemeinsamen und übergreifenden urbanen sozialen Bewegung namens Movimento dos Trabalhadores Sem Teto (MTST).⁹ Was die Auseinandersetzung um ein Recht auf Stadt und der Kampf um eine urbane Reform betrifft, hat diese Bewegung längst den Schatten ihres bekannten großen Bruders, der brasilianischen Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST) verlassen und wird langsam auch in Europa als relevante Bewegung wahrgenommen, wie sich in ersten deutschsprachigen Erwähnungen und Publikation zeigt (Revelli 2007, Mengay/Pricelius 2008, Zibechi 2008).

Obwohl viele urbane soziale Bewegungen in Brasilien aktiv sind, weist der MTST einige Besonderheiten auf, die ihn als Model für urbane soziale Bewegungen, die um ein Recht auf Stadt kämpfen, qualifiziert. Diese besondere Stellung resultiert nicht nur aus der Größe der Bewegung, die nach de Souza (2006: 331) die größte Bewegung von Sem-Teto darstellt und inzwischen in sechs Bundesstaaten mit einer Vielzahl von Gruppen und Besetzungen vertreten ist, sondern auch aus seinem Verhältnis zum Staat und der Einforderung eines Rechts auf Stadt, wie in den folgenden Kapiteln herausgearbeitet werden soll.

⁸ In Brasilien gibt es eine Vielzahl von urbanen sozialen Bewegungen. Allein in São Paulo organisieren sich unter dem Netzwerk »União dos Movimentos de Moradia« (<http://www.sp.unmp.org.br> 19.2.2011) im Zentrum 15 verschiedene Vereinigungen, Verbände und Gruppen. Im Großraum São Paulos kommen dann noch fünf weitere hinzu. Diese Bewegungen sind meist lokal verankert und organisieren sich in regionalen und überregionalen Netzwerken und Foren, wie dem »Fórum Nacional de Reforma Urbana«. Dieser Beitrag beabsichtigt nicht die ganze Breite darzustellen. Es wird hier exemplarisch eine, und unserer Meinung nach die wichtigste urbane soziale Bewegung Brasiliens, vorgestellt. Für die Beschäftigung mit den vielen anderen Gruppen verweisen wir auf die Arbeiten des Instituto Polis und die Veröffentlichungen vom »Forum Centro Vivo« (<http://dossie.centrovivo.org/Main/HomePage>) (19.2.2011).

⁹ <http://mtst.org/> (19.2.2011)

Die Entstehung des MTST und seine Wurzeln in der Landlosenbewegung

Im April 1996 ging der brasilianische Staat (unter dem Präsidenten und ehemaligen Dependenciatheoretiker Cardoso) zu einem Angriff auf soziale Massenbewegungen über und räumte gewaltsam ein Camp der Landlosen mit paramilitärischer Unterstützung. Bei dem staatlichen Massaker in Eldorado de Carajás wurden allein 19 Mitglieder des MST von der Militärpolizei Paras ermordet. Die gestiegene Repression und die direkten Angriffe bedrohten den MST, seine politischen Aktionsformen, Mitglieder und Besetzungen. In diesem Kontext entstanden Überlegungen, die soziale Massenbasis nicht nur im ländlichen Gebiet zu belassen, sondern auch die stetig wachsenden urbanen Ansiedlungen und städtischen Armen mit einzubeziehen. So kam es 1997 zur Gründung des MTST.¹⁰

Der MTST als Bewegung konnte in seiner Anfangsphase durch die Anbindung an den MST von dessen umfangreichen Kenntnissen profitieren. Als städtische Bewegung, die auch die Peripherie und Einzugsgebiete der Städte umfasst, konnten der MTST Erfahrungen aus den Kämpfen in den ländlichen Regionen und deren Praktiken in die Vororte und Randgebiete der Städte transportieren wie die basisdemokratischen Formen der Organisation in Nucleos,¹¹ Formen der symbolischen Politik und Artikulation wie die medienwirksamen Kampagnen von Sternmärschen, kollektives Protestcampen vor Regierungssitzen und Kirchen, oft begleitet von direkten Besetzungen ungenutzter Flächen und brachliegenden Landes.

Seit seiner ersten Besetzung in Campinas 1997, dem »Parque Oziel« (Benoit 2002: 140f.), benannt nach dem in Carajás ermordeten jugendlichen Aktivistin Oziel da Silva, steht der MTST für eine selbst organisierte Antwort auf die dringende Frage nach fehlendem Wohnraum und für die aktive Einforderung von sozialem Wohnungsbau und einer Infrastruktur für Bedürftige. Dem MTST gelang es in Campinas für mehr als 5.000 Familien, hauptsächlich arme Bauern und Zuwanderer aus dem Nordosten, dauerhaft ein Zuhause zu errichten (ebd.: 141). Aufgrund des enormen Einsatzes der Bewohner und Aktivistin gelang es langfristig eine funktionierende grundlegende Infrastruktur mit Strom, Wasser, Straßen und Busanbindung zu errichten, von der heute alle der ca. 30.000 Bewohner profitieren.

Nach dem Erfolg von Campinas begann der MTST sich im Großraum São Paulo zu engagieren und dort größere Besetzungen zu initiieren. Be-

¹⁰ Für die verschiedenen Deutungen zur Entstehung des MTST siehe Lima (2004: 139ff.).

¹¹ Die Nucleos sind lokale Basisgruppen, aus denen sich Interessierte in den themenspezifischen Kollektiven des MTST engagieren.

sonderen Ruhm erlangte die Besetzung »Santo Dias« in São Bernardo do Campo 2003, bei der MTST-Aktivist*innen mit bis zu 4.000 Menschen ein Gelände des Volkswagen-Konzerns besetzten. Das Gelände wurde jedoch gewaltsam geräumt, obwohl weit über die Grenzen Brasiliens hinaus Proteste und Solidaritätskundgebungen stattfanden. Trotz solcher Rückschläge gelang es dem MTST, über die Landesgrenzen des Bundeslandes São Paulo hinaus zu wachsen und in Rio de Janeiro, ebenso wie im Norden und Nordosten des Landes, Fuß zu fassen. Mit zunehmender territorialer Ausdehnung und wachsender Zahl an Mitgliedern des MTST entstand eine eigene Dynamik der Auseinandersetzungen im urbanen Raum und daraus resultierend die Forderung nach einer Abgrenzung zum MST.

Dass die Bewegung nicht homogen ist, zeigt sich im Vergleich zwischen Rio de Janeiro und São Paulo. So ist der MTST in Rio stärker auf die Besetzung von Gebäuden im Zentrum orientiert, während in São Paulo das Zentrum der Bewegung in der Peripherie liegt. Über den Zusammenschluss von peripheren Gemeinden (»Associação de Comunidades Periferia Ativa« APA [MTST 2007: 2]), in dem mehr als 50 Gemeinden organisiert sind, und die direkte Zusammenarbeit mit bestehenden kommunalen Vereinigungen, wie Anwohnervereinen und lokalen Kultureinrichtungen, wird eine Politisierung der Peripherie angestrebt. Dies umfasst eine intensive Gemeindeförderung (»trabalho comunitário« [ebd.: 7]), die über die Einrichtung von regelmäßigen Treffen und einem intensiven Austausch mit und unter den Bewohnern verläuft. Dies schließt verschiedene Initiativen sowie Bildungs- und Kulturveranstaltungen, Gemeinschaftsgärten, Selbsthilfeaktionen, wie Müllsammlungen in der Gemeinde, ein. Auf der anderen Seite setzt sich die APA für sozialen Wandel und Rechte, für Infrastruktur, wie für eine sanitäre Grundversorgung, ein und engagiert sich gegen Polizeigewalt und Räumungen.

Das Leben in den Massenbesetzungen

Aus eigener Erfahrung können wir die Besetzung »João Cândido« in Itapeceira da Serra im Südosten São Paulos beschreiben sowie auf Eindrücke aus der Besetzung Carlos Lamarca in Osasco zurückgreifen. Auf einem seit mehreren Jahren leer stehenden Gelände im Verwaltungsgebiet von Itapeceira da Serra errichteten Mitglieder des MTST und ihre Familien am 16.3. 2007 über Nacht hunderte von Zelten, kollektive Küchen und behelfsmäßige Sanitäranlagen. Das Gelände befindet sich seit den 1990er Jahren im Eigentum einer Gesellschaft mit dem Namen »Sociedade Itapeceira Golf Urbanization LTDA«, welche seit mehreren Jahren vorgab, auf dem Gelände einen Golfplatz zu entwickeln. Während der Wert des Geländes sich über die Jahre vervielfachte, blieb das Grundstück unbebaut. Weil in der Ge-

gend akute Wohnungsnot herrschte, besetzten Anwohner und Mitglieder des MTST das Gelände.¹² Die Nachricht über diese Aktion sprach sich schnell bei den mehreren 10.000 Wohnungslosen in São Paulo herum und aus einer kleinen Besetzung wurde in Kürze eine Ansammlung von mehreren 1.000 Menschen.

Diese Aktion rief eine besonders starke gesellschaftliche Solidarisierung auf den Plan, die die Forderungen der Wohnungslosen einer breiten medialen Öffentlichkeit zugänglich machten. Trotz des sozialen Drucks auf die verantwortlichen Politiker kam es im Mai zur Räumung der provisorischen Siedlung unter der Bedingung, dass die Gemeinde sich zum sozialen Wohnungsbau für die Besetzer verpflichtete. Den bedürftigsten Familien, die sonst keine Bleibe finden konnten, wurde ein neues Gelände zugewiesen, auf dem das Projekt »João Cândido« weitergeführt wird. Auf diesem neuen, neben einem Fußballplatz gelegenen Gelände sind nun aus den provisorischen Zelten Hütten mit Brettern und Wellblechdächern geworden. An mehreren Orten gibt es kollektive Sanitäreinrichtungen und Wasserstellen. Das Abwasser bahnt sich von den Hütten über kleine Gräben den Weg bergab. Neben einem großen Platz, der für Versammlungen der Bewohner, als Raum für Bildung und Veranstaltungen dient, gibt es auch ein Gebäude für Alphabetisierungskurse und kulturelle Treffen, wie das mehrmals dort aufgeführte Theater der Unterdrückten,¹³ Liedermacheraufführungen und Filmvorführungen. Bis heute kann diese neue Besetzung auf eine selbst organisierte Schule, auf mehrere Gemeinschaftsküchen, auf eine Vielzahl an kulturellen Veranstaltungen und auf die »João Cândido«-Fußballmannschaft verweisen.

Aktionsformen und Struktur des MTST

Durch direkte Aktionen, wie Massenbesetzungen, Verhandlungen für ihre Legalisierung und die Einforderung von sozialem Wohnungsbau, will der MTST die Lebensbedingungen der Wohnungslosen verbessern. Gleichzeitig setzt er die Thematik der sozialen Exklusion wieder auf die politische Agenda, vor allem durch symbolische Aktionen, wie durch Protestmärsche gegen Präfekturen und bundesstaatliche Einrichtungen, durch spektakuläre Festkettungsaktionen vor Kirchen oder Behörden, Großdemonstrationen und Protestmärschen mit anderen Massenbewegungen, wie dem Marsch auf Bra-

¹² Siehe dazu auch Revelli 2007 und den Link von Globo <http://g1.globo.com/Noticias/SaoPaulo/0,,MUL11996-5605,00-PREFEITURA+DE+ITAPECERICA+DIZ+QUE+AREA+OCUPADA+ABRIGARA+AEROPORTO.html> (abgefragt am 3.1.2011)

¹³ Vgl. Baumann 2001

silia,¹⁴ die Beteiligung an sozialen Kampagnen, wie für einen Stromsozialtarif oder für kostenlosen öffentlichen Nahverkehr oder auch die vorübergehende Besetzung von Supermärkten und Einkaufszentren.¹⁵

Der MTST besitzt eine Organisationsstruktur, die über räumlich (nach Quadraten und Iotes in Besetzungen) und funktional differenzierte Kollektive, Sektoren und über Nucleos/Räte sowie Brigaden definiert wird. Pro Straße organisieren sich ca. 20 Familien in einer Gruppe, die für sich einen Koordinator und einen Stellvertreter wählt. Diese kümmern sich um die Vorschläge und vertreten die Entscheidungen der Gruppe. Aus vier Gruppen kann dann ein Repräsentant für die generelle Koordination des Camps bestimmt werden, welcher die Entscheidungen und Vorschläge sammelt und miteinander abstimmt. In einer Besetzung besteht ein Quadrat ungefähr aus 80 Familien oder auch vier Gruppen (Benoit 2002: 153). Zum einen gibt es mit den »Kollektiven der Koordination« (auf Besetzungs- oder Gemeindeebene, auf regionaler und bundesstaatlicher Ebene) eine Institution, welche die Aufgabe hat, die Bewegung in ihrem Kontext zu koordinieren. Darunter wird die Planung und Gestaltung der Aktionen, die Koordination der politischen Ziele und Allianzen, das Organisieren der Treffen oder der Bau einer kollektiven Küche verstanden. Daneben bestehen Kollektive zu speziellen Gebieten wie Bildung, Kultur, Kommunikation und Information und für die Zusammenarbeit mit anderen Bewegungen. Besonders zu erwähnen ist auch der hohe Anteil von Frauen, die die Mehrheit der Bewegung darstellen und auf allen Ebenen wichtige Positionen besetzen (Oliveira 2010: 4). Doch manche Erfolge von Aktionen des MTST verursachten neue Probleme. Das schnelle Wachstum der Bewegung überforderte deren Strukturen. Einzelne Ableger lösten sich vom MTST oder gingen in anderen Bewegungen auf.

Das größte Problem bestand in der Gefahr einer möglichen Entpolitisierung der Aktivisten, die nach erfolgreicher Auseinandersetzung sozialen Wohnraum erhalten hatten. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wurde vermehrt der Schulterschluss mit anderen sozialen Bewegungen gesucht und die Arbeit auf Themen wie Prekarität, kulturelle Exklusion, ungleiche Verteilung, Rassismus, Bildung und den Kampf um soziale Rechte ausgeweitet. Die Forderung nach menschwürdigem Wohnraum bildet den Hin-

¹⁴ Der vom MST organisierte Marsch auf Brasília fand 2005 statt. Etwa 100.000 Menschen protestierten friedlich gegen die Wirtschaftspolitik von Präsident Lula und unter anderem für eine Agrarreform.

¹⁵ Siehe auch <http://jovempan.uol.com.br/noticias/Saopaulo/mtst-ocupa-supermercados-em-Sao-paulo-144620,,0>, (19.1.2011).

tergrund, um für und mit den ausgeschlossenen Vielen für gesellschaftliche Transformation und Emanzipation zu streiten. Der Aktionsplan des MTST (MTST 2005a: 7) benennt als zentrale Ziele der Bewegung folgende Punkte: Die Organisation einer Bewegung auf einer breiten sozialen Basis, welche dennoch die Entwicklung von kollektiven Identitäten innerhalb einer fragmentierten Masse ermöglicht, sowie die Selbstermächtigung über Kämpfe und politische Bildung. Die politische Bildung einer breiten Basis soll ein kollektives Wissen über soziale Probleme vermitteln und eine Ausrichtung der eigenen Kämpfe ermöglichen. Beide Herausforderungen verweisen auf die Entwicklung und Durchsetzung einer faktischen Macht der Bevölkerung (*«poder popular»*) – als Volkssouveränität oder Herrschaft der Bevölkerung. Die Ziele eines menschenwürdigen und freien Lebens, sowie die Entwicklung der Volkssouveränität sollen unter anderem dadurch erlangt werden, dass der MTST in Gegenden aktiv wird, wo eine soziale Basis für seine Themen besteht, sowie durch die kollektive Aneignung des städtischen Raums und der Errichtung von Räumen der demokratischen Selbstverwaltung (*«espaços de decisão coletiva»* [MTST 2007: 10]). Strategisch will der MTST eine urbane Reform umsetzen und verteidigen, weshalb mit direkten Aktionen wie den Besetzungen auch gegen Immobilienspekulation vorgegangen wird (MTST 2005a: 8). Der MTST geht daher in jüngerer Zeit wieder stärker auf den MST zu und ist breiter an Bündnissen interessiert, welche zur Ausweitung und Verstärkung der Auseinandersetzung beitragen.

Die Bewegung des MTST und ihre Kritik an der institutionellen Form des Rechts auf Stadt

Die Bewegung und ihre Mitglieder legen viel Wert auf die Autonomie vom politischen Parteiensystem.¹⁶ MTST-Mitglieder treten nicht als wählbare Kandidaten für politische Ämter an und verhindern so die politische Korruptierbarkeit, der viele Führungspersonen von sozialen Bewegungen unter der Regierung Lula erlegen sind.

¹⁶ Der MTST als Organisation und seine Mitglieder kritisieren die institutionalisierten Formen der politischen Machtausübung, wie sie im Rahmen von politischen Parteien, repräsentativen Wahlen ohne direktes Mandat oder direkter Beteiligung, ausgeübt werden. Der MTST strebt aus diesem Grund keine öffentlichen Ämter oder Beteiligungen und Vertretungen in und an der Regierung an (vgl. MTST 2005b: 8). Einzig für konkrete Kämpfe und für die Entwicklung der eigenen Ziele des MTST sind Allianzen mit Parteien und entsprechenden Politikern und deren Hilfe möglich. Dabei setzt der MTST allerdings als Bedingung, dass die eigenen Ziele und die direkten Aktionsformen des Kampfes den vorläufigen und strategischen Allianzen nicht untergeordnet werden.

Die widersprüchlichen Stadtpolitiken der Regierung Lula haben den Widerstand der sozialen Bewegungen hervorgerufen. Während auf der einen Seite das Recht auf die Stadt in der Stadt Statute eine rechtliche Institutionalisierung erfahren hat, setzt die Stadtentwicklungspolitik gleichzeitig auf sozial rücksichtslose Stadtentwicklungspolitik. Neben der Landlosenbewegung gilt der MTST als großer Kritiker der Regierung Lula und ihrer vermeintlichen Reformvorhaben. Sogar bei der gängigen Praxis, die in Bezug zur Stadt Statute und einer institutionell formulierten »Reforma urbana« (urbanen Reform) steht, sieht man Verbesserungsbedarf und fordert weitgehende Konzepte.

In dem »Manifest vom 28. März«¹⁷ von 2008 erklären verschiedene urbane Bewegungen, unter ihnen der MTST: »Eine Politik der urbanen Reform, die zum Ziel hatte, die Interessen der Bevölkerung in der Vordergrund zu stellen, stand niemals auf der Agenda einer Regierung, und das änderte sich auch unter Lula nicht... Das Ministerium der Städte und seine »Räume der Partizipation« (espaços de participação), die als Fortschritt in der Verwirklichung einer urbanen demokratischen Politik präsentiert werden, stellen keinen bedeutenden Schritt zur Lösung unserer Probleme dar. Im Gegenteil, in der Art, wie sie urbane Fragen behandeln, reproduzieren sie eine bürokratische und elitäre Form der Politik. In diesem Sinn stellen unsere Besetzungsaktionen im ganzen Land die einzige Form dar, um Gehör und Beachtung zu finden.« (Eigene Übersetzung)

Im Manifest vom 28. März wurden die Forderungen betont, nach denen die Bundesregierung eine nationale Politik der Enteignung von urbanen Flächen und Gebäuden vorantreiben soll, die keiner sozialen Nutzung entsprechen. Diese Enteignungspolitik soll sich nach den Bedürfnissen und der Nachfrage der Bevölkerung und einer organisierten Zivilgesellschaft richten. Zudem forderten sie einen kostenlosen kollektiven Nahverkehr, sozialen Wohnungsbau und eine Bildungspolitik, die Kindergärten schafft, sowie strenge Kontrollen der Preise und die Anwendung von Sozialtarifen für Güter der öffentlichen Grundversorgung, wie Wasser und Elektrizität, und eine Beschäftigungspolitik, die soziale Alternativen für informell Beschäftigte bietet.

Auch an den Konjunkturprogrammen, die im Rahmen der Finanzkrise aufgelegt wurden und die große Investitionen in Bauvorhaben und städtische Entwicklung und Aufwertung vorsehen, äußern der MTST und ihm nahe stehende Bewegungen Kritik. So warnt das Bündnis »Frente Nacio-

¹⁷ Siehe auch <http://mtst.org/taxonomy/term/66%2B67> (19.1.2011).

nal de Movimentos«¹⁸ die brasilianische Bevölkerung vor einer drohenden Politik der Vertreibung und vor einem Angriff des Immobiliensektors und seines Kapitals in den Metropolen des Landes. Im »Manifest der nationalen Kampagne gegen Vertreibung: Mein Haus, mein Kampf« heißt es im August 2010 als Antwort auf das staatliche Programm »Minha Casa, Minha Vida« (Mein Haus, Mein Leben):¹⁹ »Das Szenario, das sich momentan zusammenbraut, ist in Wirklichkeit eine kriegerische Operation gegen die Bewohner von Favelas, peripheren Gemeinden und gegen die informellen Arbeiter im Namen des ›Wirtschaftswachstums‹ und als Vorbereitung des Landes für den Weltcup 2014 und die Olympischen Spiele 2016. Die Regierungen auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene bereiten ihre Planungen vor – die in vielen Fällen schon umgesetzt werden – für Bauvorhaben mit großer Wirkung, die eine urbane Gegenreform (›Contra-Reforma Urbana‹) für Brasilien darstellen, weil sie ihrer Form nach autoritär und exkludierend sind und damit die urbanen Arbeiter und Bewohner direkt angreifen. Dies realisieren sie über Vertreibungen, Räumungen und massenhafte Zwangsumzüge und die damit einhergehende Logik [einer exkludierenden und elitären] Stadt.« (Eigene Übersetzung)

Dass eine »urbane Reform« in Brasilien trotz gewisser Erfolge wie der institutionellen Verankerung eines Rechts auf Stadt weiterhin des kontinuierlichen Drucks von sozialen Bewegungen bedarf, damit die Vorhaben einer urbanen Reform im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung auch umgesetzt werden, zeigt sich auch an den Auseinandersetzungen um den Masterplan. Dieser spiegelt im besten Fall die Interessen und Bedürfnisse von sozialen Bewegungen und urbanen marginalisierten Gruppen gemäß ihrer prozentualen Vertretung in der Bevölkerung wider, welche in vielen Gebieten in der Minderheit sind. Dies äußert sich beispielsweise, wenn großflächig Gebiete zur sozialen Nutzung ZEIS erklärt werden. Am Beispiel São Paulo lässt sich

¹⁸ Zu diesem Zusammenschluss gehören folgende Bewegungen: Brigadas Populares, Circulo Palmarino, Quilombo Urbano, Fórum de Moradia do Barreiro, MAR (Movimento de Áreas de Risco), MCP (Movimento dos Conselhos Populares), MFST (Movimento das Famílias Sem Teto), MLP (Movimento da Luta Popular), MSTB (Movimento dos Sem Teto da Bahia), MTL (Movimento Terro, Trabalho e Liberdade), MTST (Movimento dos Trabalhadores sem Teto), MUST (Movimento Urbano dos Sem Teto), Terra Livre – Movimento popular do campo e da cidade.

¹⁹ Einige der Bewohner der noch bestehenden Besetzung Carlos Lamarca in Osasco haben allerdings zugestimmt, über die Teilnahme am Programm »Minha Casa Minha Vida« Sozialwohnungen für 421 Familien der Besetzung zu erhalten. Deswegen kann trotz der Ablehnung des Programms von einer gewissen Ambivalenz oder strategischen Nutzung gesprochen werden.

allerdings zeigen, dass die Umsetzung dieses progressiven Vorhabens seit Jahren von der Immobilienwirtschaft und anderen Trägern wirtschaftlicher Interessen torpediert und in seiner Umsetzung behindert und verzögert wird. Selbst wenn bestimmte Gebiete im Masterplan als ZEIS ausgewiesen werden und damit dem sozialen Interesse unterstellt werden, kam es selten zu der Anwendung der progressiven Grundsteuer bei Leerstand, Unternutzung oder unzureichender Erfüllung der sozialen Funktion oder der Verpflichtung und exklusiven Nutzung für sozialen Wohnungsbau (»moradia popular«). Auch mögliche Enteignungen fanden noch nicht statt, was vor allem bei einem 10.000fachen Leerstand im Zentrum São Paulos Kritik hervorruft.

4. Probleme der Institutionalisierung eines Rechts auf Stadt

In der Kritik der urbanen Bewegungen, welche sich an Konzeptionen Lefebvres anlehnen, spiegelt sich ein grundlegendes Problem der Institutionalisierung des Rechts auf die Stadt in der Stadt Statute. Dabei bedeutet das Recht auf die Stadt, wie David Harvey ergänzend herausgearbeitet hat, das Recht auf die demokratische Gestaltung des urbanen Prozesses und unserer Art zu leben. »Das Recht auf die Stadt ist als das Recht auf Kontrolle über den gesamten Prozess der Stadtentwicklung zu verstehen.« (Harvey 2008: 28; Übers. A.H.). Das Recht auf Stadt hinterfragt den Rahmen, in dem politische und ökonomische Entscheidungen getroffen werden, und verortet die Entscheidungsfindung und damit die Politik- und Stadtgestaltung nicht exklusiv bei Stadtplanern, Investoren, den zuständigen Bürokraten und Politikern, sondern bei allen, die an der mentalen und gelebten Produktion des sozialen Raumes teilnehmen. Die Stoßrichtung von Lefebvre führt weg von der Privilegierung des Staates und der mächtigen ökonomischen Akteure, hin zu der Frage der kollektiven und differentiellen Produktion von Raum, um zu einer anderen Art von »urbaner Demokratie« (Lefebvre 1976: 146) zu kommen, welche eine andere Machtverteilung beinhaltet. »Statt demokratische Aushandlungen auf Entscheidungen des Staates zu beschränken, bezieht sich Lefebvre auf alle Entscheidungen, die zur Produktion des städtischen Raums beitragen. Das Recht auf die Stadt betont die Notwendigkeit, die Machtverhältnisse zu verändern, die hinter der Produktion des städtischen Raums stehen und die Kontrolle von Kapital und Staat grundlegend zugunsten der Stadtbewohner zu verschieben.« (Purcell 2002: 101f.; Übers. A.H.)

Die Stadt Statute sieht zwar die Beteiligung der Bevölkerung am Masterplan vor, indem diese in die Planung, der demokratischen Gestaltung und Revision eingebunden wird, dennoch verbleibt auch die progressivste Umset-

zung der Statute im Rahmen einer partizipativ angereicherten Form liberaler und repräsentativer Demokratie. Ein Großteil der urbanen Gestaltungsmacht verbleibt in den Händen der Verwaltung, bei den entscheidenden Politikern und in der Verfügungsmacht der Eigentümer von Grundstücken und Gebäuden, unabhängig ob diese ihre soziale Funktion erfüllen oder nicht. Wie es urbane soziale Bewegungen in ihrem Manifest vom 28. März formuliert haben, ist auch die demokratische Institutionalisierung der Entwicklung eines Masterplans auf eine bürokratische Struktur angewiesen, die potenziell exkludierend wirken kann. Daneben ist die Partizipation bei der Gestaltung zwar vorgesehen, jedoch liegt die Umsetzung ihrer restriktiven Elemente, wie die progressive Grundsteuer bei Nicht- und Unternutzung und in letzter Konsequenz die Enteignung, nicht im Bereich der Mitbestimmung, sondern bleibt von dem Wohlwollen der Verwaltung abhängig. Dies zeigt sich daran, dass die progressive Zwangsbesteuerung in Artikel 7 der Stadt Statute nicht zwingend ist. Die Verwaltung kann bei Vorliegen der Nichterfüllung der sozialen Funktion die progressive Grundsteuer anwenden, muss es aber nicht. Ebenfalls erwähnenswert ist in diesem Kontext, dass die Festlegung, wann ein Grundstück oder Gebäude als unzureichend zu klassifizieren ist, wie in Artikel 5 der Stadt Statute geregelt, von dem im Masterplan definierten Minimum abhängt. In den Fällen, in denen in den Masterplan großzügige Minimalwerte eingeflossen sind, weil beispielsweise die Vertreter der Zivilgesellschaft oder soziale Bewegungen unachtsam waren, wird die progressive Grundsteuer schwer anwendbar sein. Aber die Anwendung der progressiven Grundsteuer ist vorgeschrieben, um eine Enteignung mit Entschädigung in Anleihen gemäß Artikel 8 der Stadt Statute durchzuführen.

Cibele Franzese (2005) hat in der Schriftenreihe des Instituto Polis zur progressiven Grundsteuer darauf hingewiesen, dass der Immobiliensektor und die großen Grundeigentümer normalerweise organisiert und in Personalunion die strategischen Positionen in den öffentlichen Organen besetzen. Aus diesem Grund, rät die Autorin, sollten sich die Gemeinden, die die Anwendung der progressiven Grundsteuer beabsichtigen, sich auf interne Streitigkeiten der eigenen Exekutive vorbereiten. Dies gilt ebenfalls für die Legislative, in der die Interessen dieses Sektors (der Grundeigentümer) ebenfalls von den gewählten Repräsentanten vertreten werden. Aus diesen Gründen sieht Cibele Franzese Schwierigkeiten, sowohl in der Verabschiedung der notwendigen Gesetzgebung als auch in ihrer Erfüllung.

Purcell (2002: 100) verweist darauf, dass das Recht auf die Stadt in Lefebvres Konzeption eine direkte Herausforderung und Infragestellung des Kapitalismus und gleichzeitig der liberalen Konzeption von (Staats)Bürgerschaft und damit der Ausgestaltung von Demokratie darstellt. Als Recht auf Aneig-

nung bricht das Recht auf Stadt mit der kapitalistischen Eigentumsordnung, indem es die soziale Funktion von Eigentum reklamiert und die Möglichkeit der Umgestaltung und kollektiven Aneignung berücksichtigt. Ob also das Recht auf die Stadt in dieser institutionalisierten Form eine wirkliche Infragestellung der Gesetzmäßigkeiten des Marktes und von Eigentum darstellt, zeigt sich in den Auseinandersetzungen um die zu erfüllenden Minimalwerte und um die Definitionen, welche die Anwendung der Stadt Statute und die Bewertung der sozialen Funktion ermöglichen. Es zeigt sich, dass auch die Stadt Statute auf eine organisierte und engagierte Zivilgesellschaft und im Besonderen auf soziale Bewegungen angewiesen bleibt.

5. Fazit: Das Recht auf Stadt jenseits seiner Institutionalisierung

Ein erklärtes Ziel des MTST ist die Verbreitung von basisdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten, die sich in den Versammlungen, den Treffen der Nucleos (Basisgruppen) und Bildungsveranstaltungen (wie Seminaren, Kongressen und Tagungen) zeigt. Für die Bewohner der Besetzungen und die politisch Aktiven aus den Basisgruppen werden so Erfahrungen gewonnen, die dazu befähigen, selbst politische Prozesse zu organisieren und mitzugestalten. Oder wie es im Aktionsprogramm des MTST (2005: 8) formuliert wird: Die Einrichtung von Mechanismen der Partizipation und der aktiven politischen Diskussion kann in den Besetzungen wertvolle Erfahrungen über angewandte Volkssouveränität hervorbringen. Alexandre hat im Interview mit Benoit (2002: 155) darauf hingewiesen, dass die Besetzungen des MTST auch bei der architektonischen Gestaltung die demokratische Selbstverwaltung mit einbeziehen. So entstehe eine »comunidade organizada«, eine organisierte Gemeinschaft, die einen kommunitären Charakter besitze, der mehr demokratische Beteiligung und Selbstverwaltung ermögliche als es in anderen brasilianischen Städten der Fall sei.

Das Konzept der »Deliberation«, habermasianisch als verständigungsorientierte Kommunikation gefasst, spielt dabei eine wesentliche Rolle. Diese schlägt sich im öffentlichen »Diskurs« nieder als zwanglose, argumentative, kollektive Aushandlung von Normen und Verständigung über Interessen, an der möglichst alle Betroffenen beteiligt werden. Die Praxen der politischen Selbstbestimmung beim MTST, welche sich sowohl in den politischen Diskussionen, den Aktionen und im Organisieren des gemeinsamen Zusammenlebens zeigen, befähigen die Beteiligten, wieder in den politischen Raum zu treten und auf eigene kollektive Praxen einer selbst bestimmten Bevölkerungsherrschaft (»poder popular«) zu verweisen.

Während in liberal-demokratischen Konzeptionen von repräsentativer Demokratie nur eine indirekte Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen vorgesehen ist, führt das Recht auf Stadt eine radikal-demokratische Alternative ein. Das utopische Potenzial liegt darin, den Menschen das Recht auf die Mitwirkung bei allen Entscheidungen, die die Produktion von urbanem Raum betreffen, zuzugestehen und eine Beteiligung zu ermöglichen. Wie könnte diese Beteiligung in ihrer Ausgestaltung aussehen? Wie kann ermittelt werden, wer daran zu beteiligen ist? Welche Anforderungen sind an die kollektiven Aushandlungsprozesse über die Produktion von urbanem Raum zu stellen?

Bei Jürgen Habermas können Normen nur Geltung beanspruchen, die die Zustimmung aller Beteiligten eines praktischen Diskurses finden (Habermas 1983: 103). Die Legitimität von Entscheidungen setzt somit die Inklusion und Zustimmung aller Betroffenen voraus und muss durch und in einem Diskurs stattfinden (Habermas 1992). Die Grundintention dahinter besteht darin, ein vernünftiges Verfahren zu entwickeln, welches die kollektive Gestaltung von Stadt koordinieren kann und gleichzeitig mehrere Ebenen (die ökonomische, die soziale und die ökologische) als auch verschiedene Akteure (Unternehmen, Staat, Zivilgesellschaft und Marginalisierte) abdeckt. Da es sich um ein prozedurales Verfahren handelt, werden keine substanziellen deontologischen Annahmen, was ein »gutes Leben« oder eine »soziale Stadt« sein soll, für die Beteiligten vorgegeben, sondern diese sollen selbst in diesem Verfahren argumentativ beraten und entscheiden, wie eine Stadt, die für alle ein Recht auf Stadt ermöglicht, im Einzelfall aussehen kann. Die Voraussetzungen für eine solche Form der Beschlussfassung sind jedoch ideale Setzungen: die Freiheit von externen Zwängen, die Tatsache, dass alle Teilnehmer sich einzig an die Verfahrensregeln der Argumentation gebunden fühlen. »Die Diskurstheorie macht das Gedeihen deliberativer Politik nicht von einer kollektiv handlungsfähigen Bürgerschaft abhängig, sondern von der Institutionalisierung entsprechender Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen, sowie vom Zusammenspiel der institutionalisierten Beratungen mit informell gebildeten öffentlichen Meinungen. Die Prozeduralisierungen der Volkssouveränität und die Rückbindung des politischen Systems an die peripheren Netzwerke der politischen Öffentlichkeit gehen zusammen mit dem Bild einer dezentrierten Gesellschaft. Jedenfalls muss dieses Demokratiekonzept nicht länger mit dem Begriff eines im Staat zentrierten gesellschaftlichen Ganzen operieren.« (Habermas 1992: 362)

Damit ließe sich auch umschreiben, was eine vom MTST angestrebte Volkssouveränität (»poder popular«) bedeuten könnte. Sie wäre eine demokratische Selbstbestimmung mittels einer »höherstufigen Intersubjektivität

von Verständigungsprozessen, die sich über demokratische Verfahren oder im Kommunikationsnetz politischer Öffentlichkeiten vollziehen« (Habermas 1992: 362). Dies könnte ein weiterer Schritt für die Realisierung eines Rechts auf Stadt bedeuten, jenseits des zentralisierten und, wie vom MTST kritisiert, bürokratisch und potentiell elitären Charakters der institutionellen, existierenden »Räume der Partizipation«.

Mit der Praxis der Besetzungen formuliert der MTST einen Gestaltungsanspruch, der über das klassische Partizipationsverständnis im Sinne demokratischer Mitbestimmung hinausgeht und unmittelbar die Produktion des Raumes erfasst. Die Mobilisierungen der städtischen Bewegungen in Brasilien bleiben nicht auf den Staat und politische Entscheidungsprozesse begrenzt, sondern greifen in der Praxis der Aneignung unmittelbar in die Ökonomie der Städte ein und agieren damit praktisch als Raumproduzierende. Die in den Besetzungen praktizierte Form der »urbanen Demokratie« (Lefebvre 1976: 134) umfasst damit auch die Produktion und Verwendung des Mehrwerts. Marc Purcell sieht genau darin den Kern eines Rechts auf die Stadt: »Das Recht auf die Stadt würde im Umkehrschluss den Stadtbewohner buchstäblich einen Platz in den Geschäftsführungen der Unternehmen sichern, weil es ihnen eine direkte Stimme in jeder Entscheidung gibt, die zur Produktion des städtischen Raums beiträgt.« (Purcell 2002: 102; Übers. A.H.)

Auch David Harvey versteht das Recht auf Stadt vor allem als »mehr demokratische Kontrolle über die Produktion und die Verwendung des Mehrwertes. Da ein Großteil des Mehrwertes in den Städte fließt, begründet sich das Recht auf die Stadt auf der Durchsetzung einer demokratischen Kontrolle über die Stadtentwicklung.« (Harvey 2008: 37; Übers. A.H.). Die Verbindung von urbanen Aneignungspraxen und deliberativer Demokratie verweist auf das gesellschaftsutopische Potenzial eines Rechts auf Stadt und stellt das Eigentumsrecht als Grundlage der kapitalistischen Urbanisierung selbst in Frage.

In radikaler Konsequenz könnte so auch eine über die Stadt Statute und die von Fernandes (2007) angemerkte Anerkennung des Rechts auf Eigentum²⁰ hinausweisende Perspektive entwickelt werden, welche die demokratische Verwaltung der Mehrwertproduktion und dessen Verwendung auch

²⁰ Fernandes argumentiert mit Bezug auf die Stadt Statute, dass »das Recht auf städtisches Eigentums die Garantie und Anerkennung eines grundlegendes individuellen Rechts auf die Erfüllung von allen sozio-ökologischen Funktionen umfasst, die in der städtischen Gesetzgebung festgelegt sind« (Fernandes 2007: 212; Übers. A.H.).

dann organisiert, wenn die soziale Funktion von Eigentum gemäß der Stadt Statute erfüllt wird. Die damit einhergehende Deliberation in Fragen der Stadt für eine urbane Demokratie und im Bereich der Wirtschaft für eine »Wirtschaftsdemokratie« (Demirovic 2007) realisiert dann vielleicht das, was Lefebvre als Recht auf Selbstverwaltung für einen neuen »Contract of Citizenship« beschreibt: »Das Recht auf Selbstverwaltung beinhaltet das Recht auf demokratische Kontrolle der Wirtschaft und damit der Unternehmen, einschließlich der staatlichen und verstaatlichten Unternehmen ... Bisher haben wir die praktische Formel für eine demokratische Kontrolle dieser Art nicht entdeckt, oder auch nur danach gesucht.« (Lefebvre 1990/2003: 252f.; Übers. A.H.)

Das Recht auf die Stadt bleibt der Kampfslogan und Einsatz von sozialen Bewegungen in Brasilien. Sie berufen sich auf das Recht auf Stadt und gleichzeitig praktizieren und verwirklichen sie dieses, wenn sie sich den städtischen Raum aneignen, ihn demokratisch selbst verwalten und damit neue soziale Beziehungen entstehen lassen, oder durch Demonstrationen, Protestcampen und Besetzungen von Flächen und Gebäuden. De Souza (2006: 333) sieht gerade darin die große Herausforderung »to develop a new ›political culture‹ in terms of ›horizontal‹ non-hierarchical, genuine self-management practices.«

Die demokratischen Praxen des MTST könnten so ein Anfang sein, denn sie verweisen jenseits des Staates auf eine andere Form von Beteiligung und demokratischer Entscheidungsfindung. Mit einer auf den Bereich der Wirtschaft ausgedehnten Konzeption von Deliberation entsteht so ein Instrument zur Gestaltung urbaner Demokratie.

Hierin liegt die Wendung ins Praktische, die Lefebvres Recht auf Stadt bedeuten könnte. Das Recht auf Stadt mit seiner utopischen Sprengkraft bei Lefebvre und beim MTST ist kein positives Recht, das man vor dem Staat abstrakt theoretisch einklagen kann. Weder kann der Staat dieses Recht einem zusprechen noch gewährleisten (auch wenn z.B. die institutionelle Ausformulierung, welche im Stadt Statut Bezugspunkt und Argumentationslinie für soziale Bewegungen ist und sie mit ihren Aktivitäten eine urbane Reform verteidigen). Das Recht auf Stadt, in seiner radikalen Auslegung ist selbst die Umwandlung oder demokratische Überwindung des liberalen Staates, welcher immer mit einer Hierarchie, vertikaler Organisation und der Trennung der Subsysteme Politik und Wirtschaft einhergeht. Damit macht er die politische Verwaltung der Wirtschaft unmöglich. Das Recht auf Stadt ist somit eine Praxis von sozialen Bewegungen, die Erschaffung und alltägliche Gestaltung neuer, horizontaler sozialer Beziehungen und eines gemeinsamen und differentiellen Raumes, den wir Stadt nennen, ermöglicht.

Literatur

- Baumann, T. (2001): Von der Politisierung des Theaters zur Theatralisierung der Politik: Theater der Unterdrückten im Rio de Janeiro der 90er Jahre. Stuttgart.
- Benoit, H. (2002): O Assentamento Anita Garibaldi: Entrevista com o MTST. In: *Critica Marxista* No. 14, São Paulo, S. 140-157.
- Brito Cruz, J. A. de (2008): Der Leerstand im Zentrum von São Paulo. In: *Arch+* Nr. 190, S. 28-29.
- Caldeira, T. P. do Rio (2000): *City of Walls, Crime, Segregation and Citizenship*. Berkeley.
- Cohen, J. (1989): *Deliberation and Democracy*. In: Hamlin, A/Pettit, Ph. (Hrsg.): *The Good Polity*. Oxford. S. 17-34.
- Cohen, J./Rogers, J. (1995): *Solidarity, Democracy, Association*. In: Wright, E.O. (1995): *Associations and Democracy*. London.
- Demirović, A. (2006): Demokratie, Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. Zum aktuellen Diskussionsstand und den Perspektiven. In: Bontrup, H. J./Müller, J. u.a. (2006): *Wirtschaftsdemokratie. Alternativen zum Shareholder-Kapitalismus*. Hamburg.
- Demirović, A. (2007): *Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven*. Münster.
- Fernandes, E. (2007): Constructing the »Right To the City« in Brazil. *Social Legal Studies* 2007; 16; S. 201-219.
- Forum Centro Vivo (2008): *Dossiê denúncia: Violações dos Direitos Humanos no centro de São Paulo*. São Paulo.
- Franzese, C. (2005): *IPTU Progressivo No Tempo. Dicas – Ideias para a Acao Municipal*. Nr. 222. Instituto Polis. São Paulo.
- Habermas, J. (1983): *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt a.M.
- Habermas, J. (1992): *Faktizität und Geltung*. Frankfurt a.M.
- Happe, B. (2002): *Favela und Politik. Politisches Denken und Handeln von Favelados in Brasilien*. Mettingen.
- Harvey, D. (2008): *The Right to the City*. In: *New Left Review*. Sep.-Oct. 2008, S. 23-40.
- Hehl, R. (2008): *Traurige Entropie. Eine kurze Kulturgeschichte der Öffentlichkeit in São Paulo*. In: *Arch+* Nr. 190, S. 74-44.
- Instituto Polis (1991): *Revistas Pólis: Reforma Urbana e o Direito à Cidade*. São Paulo.
- Instituto Polis (2002): *The Statute of the City*. São Paulo.
- Lanz, S. (2004): *Wie die Favela siegte. Eine kleine politische Geschichte der Favelas in Rio de Janeiro*. In: ders.: *City of Coop. Ersatzökonomien und städtische Bewegungen in Rio de Janeiro und Buenos Aires*. Berlin. S. 35-60.
- Lefebvre, H. (1968): *Le droit à la ville*. Paris
- Lefebvre, H. (1976): *Die Revolution der Städte*. Frankfurt a.M.
- Lefebvre, H. (1990/2003): *From the Social Pact to the Contract of Citizenship*. In: Elden, S./Lebas, E./Kofmn, E. (2003): *Henri Lefebvres Key Writings*. London.
- Lima, S. L. R. de (2004): *Metamorfoses na luta por habitação: o Movimento dos Trabalhadores Sem Teto (MTST) Doktorarbeit Universidade Federal do Rio de Janeiro*.

- Machado da Silva, L. C. (2002): A continuidade do »problema da da favela«. In: Lippi Oliviera, L.: Cidade: História e Desafios. Rio de Janeiro, S. 220-237.
- Mengay, A./Pricelius, M. (2008): Urbanität, Exklusion und Widerstand in Brasilien – der Versuch einer Einführung in die brasilianische Obdachlosenbewegung »Movimento dos Trabalhadores Sem Teto« (MTST)«. In: Analyse & Kritik. Nr. 527, S. 20.
- Ministério das Cidades. Secretaria Nacional de Habitação (2009): Déficit habitacional no Brasil 2007/Ministério das Cidades. Secretaria Nacional.
- MTST (2005a): Programa de Ação. São Paulo.
- MTST (2005b): Cartilha do Militante. São Paulo.
- MTST (2007): Associação de Comunidades. Periferia Ativa. São Paulo.
- Oliveira, N. C. (2010): Os movimentos dos sem-teto da cidade de São Paulo: semelhanças e diferenças. Unveröffentlichte Magisterarbeit am Cemarx Campinas.
- Pelerman, J. (2010): Favelas. Four Decades of Living on the Edge in Rio de Janeiro. Oxford.
- Purcell, M. (2002): Excavating Lefebvre: The right to the city and its urban politics of the inhabitant. In: GeoJournal 58, 2002, S. 99-108.
- Rolnik, R. (2008): São Paulo – eine chronologische Stadtgeschichte. In: Arch+ Nr. 190, S. 12-15.
- Revelli, P. (2007): Obdach als Grundrecht. Landlose und Favela Bewohner in Brasilien streiten für ein Zuhause. In: Le Monde diplomatique, Nr. 8401, 12.10.2007
- Saule Júnior, N./Uzzo, K. (2009): The History of Urban Reform in Brazil. <http://base.d-p-h.info/pt/fiches-dpa-8538.html> (abgefragt am. 12. Dezember 2010).
- Souza, M.L. de (2006): Together with the state, despite the state, against the state: Social movements as »critical urban planning« agents. In: City, Vol. 10, No. 3, S. 327-341.
- UN Habitat (2010): State of the World's Cities 2010/2011. London, Washington D.C.
- Zaluar, A./Marcos A. (1998): Um seculo de favela. Rio de Janeiro.
- Zibechi, R. (2008): Brasilien: Aufstand der Obdachlosen. www.bpb.de/themen/Q3VFI1,0,0,Brasilien:_Aufstand_der_Obdachlosen.html (abgefragt am 10. August 2010).

Internetquellen (sofern nicht im Text bzw. in den Fußnoten erwähnt)

- IBGE (2010): Censo 2010 São Paulo. (Statistisches Bundesamt). http://www.ibge.gov.br/home/estatistica/populacao/censo2010/tabelas_pdf/total_populacao_sao_paulo.pdf (19.2.2011).
- Instituto Polis (2002): The Statute of the City. http://www.polis.org.br/obras/arquivo_163.pdf (19.2.2011).
- Instituto Polis (2005): Plano Diretor participar è um direito! http://www.polis.org.br/obras/arquivo_195.pdf (19.2.2011)
- Jovempan.uol.com (2008): MTST ocupa Supermercados em São Paulo. <http://jovempan.uol.com.br/noticias/saopaulo/mtst-ocupa-supermercados-em-sao-paulo-144620,,0> (abgefragt 19.1.2011)
- MTST (2005): Cartilha do Militante No.1. <http://www.mtst.info/files/mtst/CartilhadomilitanteMTST.pdf> (19.1.2011)
- União dos Movimentos de Moradia. <http://www.sp.unmp.org.br> (19.2.2011)